

RICHTLINIE ÜBER UNLAUTERE GESCHÄFTSPRAKTIKEN

Präambel und Hinweise für Tochterunternehmen von Berkshire:

Berkshire Hathaway Inc. („Berkshire“) hat diese Compliance-Richtlinie ausgearbeitet, um ihren Tochtergesellschaften und deren jeweiligen Mitarbeitern eine schriftliche Anleitung in Bezug auf Korruptions-/Bestechungsbekämpfung, Wirtschafts- und Handelssanktionen, Export-/Import-Compliance-Angelegenheiten, Geldwäschebekämpfung und Vermittlermanagement an die Hand zu geben. Von jeder Tochtergesellschaft wird erwartet, dass sie diese Vorgaben übernimmt, umsetzt und in ihre jeweiligen schriftlichen Richtlinien und Verfahren oder ihren Verhaltenskodex einbezieht. Jede Berkshire Tochter muss die Richtlinie in der Geschäftsleitung verteilen und jenen anderen Personen aushändigen, welche die Risikobereiche verwalten oder wahrscheinlich mit den in diesem Dokument aufgeführten Compliance-Risiken in Berührung kommen (übersetzt in die gültigen Sprachen der Regionen, in denen sie angewandt wird). Jedes Berkshire Tochterunternehmen ist angewiesen, auf allen Ebenen des Unternehmens eine Kultur der Ethik und Compliance zu entwickeln.

Diese Richtlinie ersetzt keine restriktiveren, detaillierteren oder spezifischeren Richtlinien, welche bereits in einer Berkshire Tochter vorhanden sind. Abgesehen von den notwendigen Änderungen zur Einhaltung von ausländischen Gesetzen wie weiter unten in den Hinweisen für die Abschnitte IV und V dieser Richtlinie besprochen oder wie anderweitig in Abschnitt III dieser Richtlinie zulässig, legt diese Richtlinie die Mindestanforderungen fest, die alle Tochterunternehmen von Berkshire einhalten müssen. Jede Tochtergesellschaft stellt außerdem sicher, dass die Richtlinien regelmäßig aktualisiert werden und dass die Personen, die mit der täglichen operativen Verantwortung für die Compliance-Programme betraut sind, über ausreichende Ressourcen, Autonomie und direkten Zugang zu den leitenden Behörden und dem Senior Management der Tochtergesellschaft verfügen.

Jede Tochtergesellschaft muss sicherstellen, dass es einen Mechanismus für die rechtzeitige und gründliche Untersuchung von Bedenken hinsichtlich eines Fehlverhaltens der Tochtergesellschaft, ihrer Mitarbeiter oder Vermittler gibt, einschließlich der Kommunikation an Berkshire, wo dies angemessen ist, und dass jeder Verstoß nach Durchführung einer Ursachenanalyse angemessen behoben wird, einschließlich angemessener Disziplinarmaßnahmen für Mitarbeiter. Jede Tochtergesellschaft ist verpflichtet, Richtlinien und Verfahren einzuführen, die im größtmöglichen Umfang nach geltendem Recht die Erfassung und Überprüfung von E-Mails, Texten, Online-Kommunikation-Apps (einschließlich WhatsApp-Nachrichten), Sofortnachrichten und elektronisch gespeicherten Dokumenten zu Prüfungs-, Compliance- und Compliance-Untersuchungszwecken durch die Tochtergesellschaft, Berkshire, externe Rechtsberater oder Wirtschaftsprüfer, die auf Anweisung von Berkshire oder der Tochter arbeiten, ermöglichen. Im Rahmen dieser Richtlinien und Verfahren holt jede Tochtergesellschaft, soweit dies mit dem geltenden Recht vereinbar ist, die vorherige Zustimmung der Mitarbeiter ein, die die Erfassung und Überprüfung der oben genannten Daten erlaubt.

Es entspricht der Politik von Berkshire und dessen Tochterunternehmen, sich streng an alle bestehenden Gesetze und Vorschriften zu halten, die bei sämtlichen Aktivitäten und Geschäftsvorgängen Anwendung finden oder ein Haftungsrisiko für Berkshire, dessen Tochterunternehmen und jegliche dort angestellten Personen hervorrufen könnten.

Diese Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken („Richtlinie“) gilt für sämtliche Vorstandsmitglieder, Geschäftsführer und Mitarbeiter von Berkshire und dessen einzelnen Tochterunternehmen. Jedes Tochterunternehmen muss unter Verwendung eines risikobasierten Ansatzes ein Verfahren entwickeln, um die in dieser Richtlinie enthaltenen Leitsätze ihren Vermittlern mitzuteilen. Jede Person muss diese Richtlinie befolgen, sich streng an alle geltenden Gesetze und Vorschriften halten und große Sorgfalt walten lassen, um nicht irgendwelche Handlungen zu unternehmen oder zu autorisieren, welche auch nur den Anschein eines illegalen Verhaltens oder sonstigen Sachwidrigkeiten erwecken. Personen, welche diese Richtlinie

verletzen, werden angemessenen Disziplinarmaßnahmen zugeführt, bis hin zur Kündigung. **Berkshire und dessen Tochterunternehmen werden keine Geschäftstätigkeiten unternehmen, autorisieren oder tolerieren, welche nicht mit dieser Richtlinie übereinstimmen.**

Wenn Sie Fragen zu dieser Richtlinie haben, wenden Sie sich an den Compliance Officer Ihres Unternehmens oder an den Chief Financial Officer, den Director of Internal Audit oder den Senior Manager of Ethics and Compliance bei Berkshire.

I. IMPLEMENTIERUNG UND SCHULUNG

Verteilung. Geschäftsführer von Berkshire Tochterunternehmen sind für die Durchsetzung und Einhaltung dieser Richtlinie in ihrem Verantwortungsbereich verantwortlich, einschließlich der Verteilung dieser Richtlinie in der Geschäftsleitung, welche ihnen Bericht erstattet, sowie an andere Personen, welche die in diesem Dokument besprochenen Risikobereiche verwalten, einschließlich jedem Mitarbeitern, Vertreter oder Vorgesetzten, der wahrscheinlich mit Regierungsvertreter kommuniziert, interagiert oder Geschäfte abschließt. Tochterunternehmen von Berkshire sollten, wenn möglich, die Anti-Korruptions-, Handels- und Sanktions-Compliance-Richtlinien den Mitarbeitern elektronisch in ihrer Muttersprache in einem leicht durchsuchbaren und zugänglichen Format, das auch leicht und regelmäßig aktualisiert werden kann, zur Verfügung stellen. Tochterunternehmen von Berkshire sollten auf der Grundlage der Risikobewertung erwägen, ob sie Datenanalysen einsetzen, um zu verstehen, auf welche Compliance-Richtlinien am häufigsten zugegriffen wird. Tochterunternehmen von Berkshire sollen sicherstellen, dass das Compliance-Personal, das mit der Verwaltung des Anti-Korruptions-, Sanktions- und Handels-Compliance-Programms beauftragt ist, eine spezielle Schulung erhält, damit es seine Aufgaben effektiv erfüllen kann.

Schulung. Diese Richtlinie und sämtliche zugehörigen Dokumentationen (sowie jegliche robusteren ergänzenden Richtlinien) müssen in allen Mitarbeiterhandbücher enthalten sein, an jedes Mitglied der Geschäftsleitung einer jeden Berkshire Tochter verteilt werden und für alle Mitarbeiter der Berkshire-Unternehmen in englischer und den für jede Tochtergesellschaft anzuwendenden Lokalsprachen verfügbar sein. Eine Besprechung und Erläuterung dieser Richtlinie und sämtlicher zugehöriger Dokumentationen (einschließlich jeglicher robusterer Richtlinien zu Anti-Korruption, Exportkontrolle und Sanktionen) wird Teil der Schulung für jede Führungskraft einer Berkshire Tochter und für: (i) jeden Mitarbeiter oder Vorgesetzten, der wahrscheinlich mit Regierungsvertreter kommuniziert, interagiert oder Geschäfte abschließt oder Personen vorgesetzt ist, die wahrscheinlich mit Regierungsvertretern kommunizieren, interagieren oder Geschäfte abschließen; und (ii) Mitarbeiter, deren Aktivitäten Auswirkungen auf die Einhaltung der Handelsbestimmungen hat. Dieses Personal muss regelmäßige Schulungen erhalten, um sicherzustellen, dass es über die Kenntnisse und Werkzeuge verfügt, die benötigt werden, um die Geschäftsaktivitäten effektiv und in Übereinstimmung mit dem United States Foreign Corrupt Practices Act 1977 („FCPA“) in der geltenden Fassung und den geltenden Gesetzen zur Bekämpfung von Schmiergeldzahlungen und Korruption sowie den Exportkontrollen, Sanktionen, Antiboykott- und Zollgesetzen durchzuführen. Bei Vermittlern, welche direkte oder indirekte Geschäfte mit Regierungsvertretern im Namen einer Berkshire Tochter abschließen könnten, muss sich jede Berkshire Tochter durch die Wahrung ihrer kaufmännischen Sorgfaltspflicht darüber vergewissern, dass solch ein Vermittler über ein geeignetes Schulungsprogramm verfügt oder sie muss ein Verfahren zur Bereitstellung einer Compliance-Schulung unter Verwendung eines risikobasierten Ansatzes für den Vermittler

festsetzen. Das Verfahren sollte regelmäßige Auffrischungstrainings für solche Vermittler beinhalten. Wo angemessen, wird die Schulung für Mitarbeiter und Vermittler in der Muttersprache der Teilnehmer durchgeführt; ansonsten wird die Schulung in Englisch gehalten und bei Bedarf übersetzt. Die Schulungen müssen auf eine Art und Weise durchgeführt werden, die auf die Größe, den Kenntnisstand und das Fachwissen des Publikums zugeschnitten ist, und sollten, wenn möglich, den Teilnehmern die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen. Die Schulungen sollten auch so gestaltet sein, dass sie alle früheren Compliance-Vorfälle und die Lehren aus den öffentlich bekannten Erfolgen und Misserfolgen von Kollegen in der Branche oder geografischen Region des Tochterunternehmens in Bezug auf die Anti-Korruptions-Compliance-Praktiken und -Richtlinien angemessen abdecken, sollten Diskussionen über reale Szenarien auf der Grundlage der Risikobewertung des Tochterunternehmens beinhalten und jedes Tochterunternehmen muss die Wirksamkeit seiner Schulungsprogramme regelmäßig bewerten.

Regelmäßige Risikobewertungen. Jede Berkshire Tochter muss regelmäßig ihre individuellen Betriebsabläufe und Compliance-Risiken bewerten und überprüfen und eine jährliche Risikobewertung dokumentieren, die die in dieser Richtlinie erörterten Compliance-Risikobereiche erfasst, die für die Tochter gelten. Die Tochtergesellschaften müssen diese Risikobewertung aktualisieren, wenn sich das Risikoprofil der Tochtergesellschaft ändert, und gegebenenfalls zusätzliche Richtlinien und Verfahren einführen, um eine wirksam gestaltete Compliance-Richtlinie aufrechtzuerhalten, die auf die konkreten Compliance-Risiken der Tochtergesellschaft zugeschnitten ist. Jede Tochtergesellschaft ist verpflichtet, auf der Grundlage einer Prüfung ihrer Risikobewertung und der bisherigen Durchführung ihres Compliance-Programms (einschließlich Verstößen gegen die Compliance-Richtlinie) ausreichende Ressourcen für die Verwaltung ihres Compliance-Programms, einschließlich dieser Richtlinie, bereitzustellen und eine hochrangige Führungskraft zu ernennen, die für die Verwaltung ihres Compliance-Programms verantwortlich ist.

Berkshire-Tochtergesellschaften sind verpflichtet, die Wirksamkeit ihres Compliance-Programms regelmäßig zu bewerten und zu überwachen, einschließlich der Prüfung von Fällen, in denen Verstöße gegen die Compliance-Richtlinien festgestellt wurden, und, wenn möglich, Verbesserungen einzuführen, um solche Verstöße in Zukunft zu verhindern. Compliance-Bewertungen und -Tests sollten nach Möglichkeit immer Datenanalysefunktionen einbeziehen. Jede Tochter sollte in diese regelmäßige Bewertung auch die Lehren aus öffentlich bekannten Erfolgen und Misserfolgen anderer Unternehmen in ihrer Branche oder geografischen Region in Bezug auf die Einhaltung von Korruptionsbekämpfungs-, Handels- und Sanktionsvorschriften sowie von Compliance-Praktiken und -Richtlinien einbeziehen. Bei der Durchführung dieser Bewertung müssen die Tochtergesellschaften oder ihre externen Rechtsberater den Leitfaden des US-Justizministeriums zur Bewertung von Compliance-Programmen von Unternehmen berücksichtigen und das Programm im Hinblick auf die folgenden drei grundlegenden Fragen bewerten:

- Ist das Compliance-Programm gut konzipiert?
- Verfügt das Compliance-Programm über ausreichende Ressourcen und Befugnisse, um effektiv zu funktionieren?
- Funktioniert das Compliance-Programm in der Praxis?

<https://www.justice.gov/criminal-fraud/page/file/937501/download>

Disziplinarmaßnahmen. Da sich Berkshire verpflichtet hat, die Gesetze und diese Richtlinie einzuhalten, **führt das Versagen eines jeglichen Mitarbeiters einer Berkshire Tochter, diese Richtlinie einzuhalten, zu Disziplinarmaßnahmen, die bis zur Kündigung gehen können.**

Disziplinarmaßnahmen können ebenfalls gegen den Vorgesetzten eines Mitarbeiters, der diese Richtlinie verletzt, ergriffen werden, sollte der Vorgesetzte darin versagt haben, den Mitarbeiter ordnungsgemäß zu überwachen oder darüber Kenntnis besitzen, dass der Mitarbeiter an Aktivitäten beteiligt ist, welche die Richtlinie verletzen und darin versagt hat, solches Verhalten zu beenden oder diesem vorzubeugen.

II. MELDUNG UND UNTERSUCHUNGEN

Meldung von Bedenken

Jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin eines Tochterunternehmens von Berkshire Tochter, dem/der sich die Frage stellt, ob ein bestimmtes Verhalten illegal sein könnte oder jegliche unethischen oder unangemessenen Handlungen beinhaltet oder diese Richtlinie verletzen könnte, muss unverzüglich diese Bedenken berichten. Jede Berkshire Tochter oder im Falle einer Gruppe von Berkshire-Unternehmen, jene Berkshire Tochter, welche das übergeordnete Unternehmen einer solchen Gruppe darstellt, muss einen Compliance Officer ernennen, welcher solche Berichte in Empfang nimmt, untersucht und die Durchführung dieser Richtlinie gewährleistet. Die Mitarbeiter können ihre Bedenken auch an Ihre Vorgesetzten oder Abteilungsleiter berichten. Sofern dies die lokalen Gesetze erlauben, können anonyme Berichte bei Berkshire über die Ethik-und-Compliance-Hotline (1-800-261-8651 in den USA und Kanada oder über die auf den jährlichen Hotlinematerialien befindliche örtliche Telefonnummer) oder die Webreporting-Plattform unter www.brk-hotline.com abgegeben werden.

Berkshire untersagt Vergeltungsmaßnahmen jeglicher Art gegen Mitarbeiter, die solche Berichte in gutem Glauben abgeben, auch wenn es sich herausstellt, dass ein berichtetes Verhalten nicht illegal oder unangemessen ist.

Ihre Mitarbeit ist erforderlich. Jeder Mitarbeiter von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft ist verpflichtet, mit Berkshire, externen Rechtsberatern oder von Berkshire beauftragten Wirtschaftsprüfern zusammenzuarbeiten, um zu untersuchen, ob ein Verstoß gegen eine Compliance-Richtlinie von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft vorliegt oder ob das Compliance-Programm effektiv funktioniert. Diese Zusammenarbeit umfasst die prompte Bereitstellung von angeforderten Informationen und die Teilnahme an Befragungen, Untersuchungen und Audits. Jede Nichteinhaltung dieser Bestimmung kann Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses nach sich ziehen.

III. DIE EINHALTUNG SOWOHL DER US-AMERIKANISCHEN ALS AUCH DER AUSLÄNDISCHEN ANTI-KORRUPTIONSGESETZE IST ERFORDERLICH

Diese Richtlinie legt die Position von Berkshire zu Bestechung und Korruption dar und beschreibt die Mindestanforderungen, die eingehalten werden müssen, um die Einhaltung dieser Richtlinie sowie der Gesetze zur Bekämpfung von Schmiergeldzahlungen und Korruption zu gewährleisten. Diese Richtlinie (1) identifiziert bestimmte spezifische Gesetze und Vorschriften, welche auf die Geschäftsvorgänge der Tochterunternehmen von Berkshire Anwendung finden können, und (2) führt die Mindeststandards auf, welche befolgt werden müssen, um die Einhaltung dieser Gesetze und Vorschriften zu gewährleisten. Die geltenden Gesetze und Vorschriften umfassen nicht nur die staatlichen, bundesstaatlichen und kommunalen Gesetze und Vorschriften der USA, sondern ebenfalls die Gesetze und Vorschriften von jeglichen ausländischen Ländern, in denen eine Berkshire Tochter Geschäftstätigkeiten ausführt, zum Beispiel die Bestechungsgesetze des Vereinigten Königreichs (United Kingdom's Bribery Act) von 2010 oder von Brasilien (Brazil Clean Company Act) von 2014. Da es sich beim FCPA in der geltenden Fassung um das Anti-Korruptions-Gesetz mit den weitgehendsten Auswirkungen auf internationale Geschäftstätigkeiten von Berkshire handelt, verwendet diese Richtlinie dieses Statut als einen Rahmen für die Festlegung der Richtlinie von Berkshire. Jedoch verwendet diese Richtlinie den Begriff „Regierungsvertreter“ an den meisten Stellen, an denen der FCPA den Begriff „ausländische Amtsperson“ einsetzt, um deutlich zu machen, dass die Richtlinie von Berkshire für sämtliche Interaktionen mit allen Regierungsvertretern auf der ganzen Welt gültig ist und dass die Befolgung der in dieser Richtlinie dargelegten Prinzipien und Verfahren die Einhaltung der Gesetze zur Bekämpfung von Schmiergeldzahlungen und Korruption aller Nationen sicherstellen wird.

IV. UNLAUTERE ANGEBOTE ODER ZAHLUNGEN

Jedes Tochterunternehmen von Berkshire muss strikt den FCPA sowie sämtliche andere geltenden Gesetze zur Bekämpfung von Schmiergeldzahlungen und Korruption einhalten. Der FCPA verbietet es, Bestechungsgelder, Prozente und Gefälligkeiten an Regierungsvertreter zu vergeben, um einen unlauteren Vorteil zu erhalten, wie unter anderem, die Vergabe oder Beibehaltung von Geschäfts- oder Regierungsverträgen, die Gewährung von Steuervorteilen oder die Reduzierung von Umsatzsteuer oder Körperschaftssteuer oder der Erhalt einer Genehmigung oder Lizenz. Weitere US-amerikanische und ausländische Gesetze verbieten die Bestechung von nichtstaatlichem Personal (auch als „kommerzielle“ Bestechung bezeichnet).

Alle sittenwidrigen Zahlungen sind verboten. Diese Richtlinie verbietet ausdrücklich Versprechen, Genehmigung, Anbieten oder Zahlung von Bestechungsgeldern oder Schmiergeldern an ***irgendeine Person, irgendwo in der Welt***, unter irgendwelchen Umständen zum Zwecke der unzulässigen Beeinflussung ihrer Handlungen oder der Erlangung eines unzulässigen geschäftlichen Vorteils. Beispielsweise dürfen die Mitarbeiter von Berkshire-Tochtergesellschaften den Managern, Mitarbeitern oder Vertretern von Kunden oder potenziellen Kunden keine Wertgegenstände jeglicher Art anbieten oder zahlen, um sie zu veranlassen, einer Berkshire-Tochtergesellschaft Aufträge zu erteilen, ihre Handlungen in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder einen anderen unzulässigen Vorteil zu erlangen. Mitarbeiter von Berkshire-Tochtergesellschaften müssen bei der Gewährung von Mahlzeiten, Geschenken oder anderen geschäftlichen Gefälligkeiten Vorsicht walten lassen. Die Gewährung von bescheidenen geschäftlichen Aufmerksamkeiten in einem kommerziellen Rahmen zur Schaffung von Goodwill kann zulässig sein, aber die Gewährung oder das Anbieten von aufwändigen geschäftlichen Aufmerksamkeiten mit der Absicht oder der Erwartung, günstigere Geschäftsbedingungen oder -möglichkeiten zu erhalten, die sonst nicht verfügbar wären, ist streng verboten. Berkshire-

Tochtergesellschaften, Mitarbeitern von Tochtergesellschaften und Vermittlern ist es untersagt, sich direkt oder indirekt an geschäftlicher Bestechung zu beteiligen. Darüber hinaus dürfen sie keine derartigen Zahlungen von einer Person oder einem Unternehmen als Gegenleistung für die Gewährung eines unzulässigen Vorteils, wie z. B. die Erteilung eines Auftrags an diese Person oder dieses Unternehmen, erhalten.

Unlautere Zwecke. Um speziell die Einhaltung des FCPA sicherzustellen, ist es Berkshire Tochtergesellschaften oder deren Vermittlern untersagt, jegliche Art an Wertgegenständen für einen der folgenden Zwecke einem Regierungsvertreter sittenwidrig anzubieten, zu genehmigen, zu versprechen oder zu liefern:

- sittenwidrige Beeinflussung des Regierungsvertreters;
- Sicherstellung jeglichen unangemessenen Vorteils;
- Beeinträchtigung jeglicher Entscheidung eines Regierungsvertreters; oder
- Unterstützung der Berkshire Tochter beim Erhalten oder Aufrechterhalten einer Geschäftstätigkeit oder beim Vermitteln eines Geschäfts an jede andere Person oder Firma.

Ebenso dürfen keine Tochterunternehmen von Berkshire, deren Mitarbeiter oder Vermittler eine dritte Partei autorisieren, auf sittenwidrige Weise einem Regierungsvertreter jegliche Art an Wertgegenständen für einen der oben aufgelisteten Zwecke anzubieten oder zu versprechen zu liefern.

„Korrumpierte“ Zahlungen. Der FCPA verbietet es, Regierungsvertretern die Bereitstellung von Wertgegenständen zu versprechen, zu liefern, anzubieten zu liefern oder zu autorisieren, sofern dies „auf korrumpierte Weise“ geschieht. Dies bedeutet, dass der Geber eine Absicht oder den Wunsch besitzt, den Empfänger unangemessen zu beeinflussen und eine Gegenleistung dafür erhalten möchte, *quid pro quo*. Der Begriff „auf korrumpierte Weise“ wird in den FCPA-Statuten verwendet, um klarzustellen, dass das Angebot, die Zahlung, das Versprechen oder Geschenk dazu beabsichtigt ist, den Regierungsvertreter zu veranlassen, eine offizielle Position zu missbrauchen, um den Geber beim Erlangen eines geschäftlichen Vorteils zu unterstützen.

Regierungsvertreter. Gemäß FCPA versteht man unter einem Regierungsvertreter:

- jeglicher Amtsträger oder Angestellter einer Regierung oder Abteilung, Behörde oder Einrichtung einer Regierung.
- Mandatsträger.
- jeglicher Amtsträger oder Angestellter einer öffentlichen internationalen Organisation wie die Vereinten Nationen und Weltbank.
- jegliche Person, die in einer offiziellen Funktion für oder im Namen einer Regierungsbehörde, Abteilung, Einrichtung oder öffentlichen internationalen Organisation arbeitet.
- jeglicher Amtsträger oder Angestellter eines Unternehmens, welches von einer Regierung besessen oder kontrolliert wird (zum Beispiel, eine staatliche Ölfirma oder ein staatseigenes Krankenhaus).
- politische Parteien außerhalb der USA und deren Mitarbeiter.
- Kandidaten für politische Ämter außerhalb der USA.
- jegliche Mitglieder einer königlichen Familie, die zwar über keine formalen Befugnisse verfügen, aber anderweitig einflussreich sind, einschließlich durch den

Besitz oder die Verwaltung von staatseigenen oder staatlich kontrollierten Unternehmen.

Es ist wichtig zu beachten, dass Mitarbeiter von staatseigenen oder vom Staat kontrollierten Einrichtungen (ob teilweise oder vollständig) gemäß FCPA als Regierungsvertreter betrachtet werden, ungeachtet deren Position, Nationalität oder Klassifizierung nach lokalem Recht. Einige Personen, die in ihrem eigenen Land nicht als Regierungsvertreter betrachtet werden, können gemäß FCPA als solche eingestuft werden (z. B. Ärzte und Krankenschwestern/Pfleger, die in einer Einrichtung des staatlichen Gesundheitssystems angestellt sind oder Angestellte einer staatlichen Ölgesellschaft). Zusätzlich kann es sein, dass sich ein Unternehmen unter staatlicher Kontrolle befindet, auch wenn es öffentlich gehandelt wird und sogar wenn sich Aktienanteile nicht im Besitz der Regierung befinden. Für die Zwecke dieser Richtlinie werden enge Familienangehörige von Regierungsvertretern (z. B. Bruder, Schwester, Mutter, Vater, Ehemann, Ehefrau oder Kind) wie Regierungsvertreter behandelt. Die Verbote der Richtlinie gelten ebenfalls in Bezug auf ehemalige Regierungsvertreter, sofern der ehemalige Regierungsvertreter irgendeine Art von halbamtlichem Status aufrechterhält.

Indirekte und direkte Zahlungen. Das Verbot von unangemessenen Zahlungen oder Geschenken gemäß FCPA gilt nicht nur für direkte Zahlungen oder Angebote von Zahlungen, sondern ebenfalls für indirekte Angebote oder Zahlungen, die durch jegliche Vermittler getätigt werden. Es ist darauf zu achten, sicherzustellen, dass Vermittler einer Berkshire Tochter, keinem Regierungsvertreter für irgendeinen der oben beschriebenen unlauteren Zwecke Wertgegenstände jeglicher Art autorisieren, versprechen, anbieten oder bereitstellen.

Wertgegenstände jeglicher Art. Der Begriff „Wertgegenstände jeglicher Art“ wird im FCPA sehr weit ausgelegt und umfasst weit mehr als nur Geldgeschenke. Unter anderem könnte jeder der folgenden Artikel als Wertgegenstand verstanden werden:

- Geld in jeglicher Form (ob Bargeld, Scheck, Überweisung, Voucher, Prepaid-Karten etc.).
- Mahlzeiten und Getränke
- Vergnügungen, wie Golfausflüge oder Sportveranstaltungen.
- Flüge in privaten oder von Berkshire Töchtern bereitgestellten Flugzeugen.
- Urlaub.
- übermäßige Rabatte auf Produkte oder Dienstleistungen.
- übermäßige Kommissionen.
- Verkäufe unter dem Marktwert.
- Käufe über dem Marktpreis.
- Kunst.
- Fahrzeuge.
- persönliche Geschenke.
- vertragliche Rechte.
- Spenden an Wohltätigkeitsverbände.
- Stipendien für Familienangehörige.
- andere Arten von Geschenken.

Der Begriff findet ebenfalls Anwendung auf immaterielle Vorteile wie Zuwendungen an eine von einem Regierungsvertreter unterstützte Wohltätigkeitsorganisation, Stellen- oder

Praktikumsangebote an einen Freund oder einen Familienangehörigen eines Regierungsvertreter oder Unterstützung eines Familienangehörigen oder Freundes eines Regierungsvertreter bei der Aufnahme in eine Schule, Visa-Sponsoring sowie andere Arten von Hilfestellungen an Regierungsvertreter oder deren Freunde und Familien. Diese Richtlinie gilt gleichermaßen für Angebote von Zahlungen und Wertgegenständen an Verwandte und Familienangehörige von Regierungsvertretern wie an die Regierungsvertreter selbst.

Geringfügige Geschenke und Bewirtung. Unter bestimmten Umständen kann die Bereitstellung von kostengünstigen Artikeln an einen Regierungsvertreter gemäß FCPA erlaubt sein. Zum Beispiel ist die Vergabe von Geschenken mit geringfügigem Wert, wie Kugelschreiber oder Tassen mit dem Logo des Tochterunternehmens von Berkshire, ohne jegliche Absicht der sittenwidrigen Beeinflussung des Regierungsvertreter akzeptabel. Bevor jedoch die Mitarbeiter einer Berkshire Tochter selbst geringfügige Geschenke oder Unterhaltung an einen Regierungsvertreter weitergeben, müssen diese Mitarbeiter der Tochter Berkshires oder die Tochtergesellschaft den Rat eines lokalen Rechtsbeistands einholen, um sich zu vergewissern, dass dies von der lokalen Gesetzgebung erlaubt ist. Einige Länder verbieten die Vergabe Wertgegenstände jeglicher Art an Regierungsvertreter, sogar Geschenke und Bewirtung von geringfügigem Wert; in diesen Ländern verbietet diese Richtlinie die Bereitstellung von Geschenken und Bewirtung jeglicher Art an Regierungsvertreter. Wo dies von der örtlichen Gesetzgebung erlaubt ist, dürfen gemäß dieser Richtlinie nur dann Geschenke oder Unterhaltung einem Regierungsvertreter bereitgestellt werden, wenn diese:

- Zur Förderung des allgemeinen Firmenrufes vorgesehen sind und nicht als *quid pro quo* für irgendeine offizielle Handlung getätigt werden.
- Von bescheidenem Wert sind (bei der Feststellung der Geringfügigkeit der Werts sollte der Wert aller in diesem Jahr an diesen Regierungsvertreter übergebenen Geschenke oder Unterhaltungsgelegenheiten addiert werden).
- Nicht die Form von Bargeld haben.
- In dem Land, in welchem diese getätigt werden, im Hinblick auf Art und Wert üblich sind.
- Offen und nicht geheim übergeben werden.
- Nicht dazu gedacht sind, den Regierungsvertreter unzulässig zu beeinflussen.
- Akkurat in den entsprechenden Büchern und Geschäftsunterlagen verzeichnet werden.

Vorsätzliches Übersehen ist kein Schutz. Laut FCPA sind Gesellschaften und Personen auch dann haftbar, wenn sie nicht tatsächlich Kenntnis über eine sittenwidrige Zahlung an einen Regierungsvertreter haben, dies in Umständen, in welchen sie Kenntnis davon hätten haben sollen, dass eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, dass ein Vermittler eine sittenwidrige Zahlung vorhatte oder diese wahrscheinlich leisten wollte. Dementsprechende dürfen die Tochtergesellschaften und die Mitarbeitern der Tochtergesellschaften Tatsachen, welche auf diese sittenwidrigen Zahlungen, Geschenke, Versprechungen oder Angebote über Zahlungen, Geschenke für etwas Werthaltiges an Regierungsvertreter hindeuten, nicht vorsätzlich übersehen. Die Haftung für die Verletzung einer Regelung des FCPA kann nicht durch den Versuch des Ignorierens oder „Übersehens“ der Warnzeichen oder Indikatoren für sittenwidriges Verhalten vermieden werden. Mitarbeiter, die Anzeichen auf korrupte Zahlungen oder Angebote von Zahlungen vermuten oder sehen, die im

Namen einer Berkshire Tochter durchgeführt worden sein könnten, dürfen nicht „wegsehen“ oder diese Anzeichen oder „Warnsignale“ ignorieren. Das Fehlen der tatsächlichen Kenntnis einer Bestechung ist kein Schutz im Rahmen des FCPA.

Bona Fide und angemessene Geschäftsauslagen. Der FCPA gestattet die Zahlung von authentischen und angemessenen Reise- und Hotelkosten für Regierungsvertreter, sofern die Auslagen direkt in Verbindung stehen mit:

- Der Bewerbung, Präsentation oder Erklärung von Produkten oder Dienstleistungen.
- Dem Abschluss oder Ausführung eines Vertrages.
- Sonstigen rechtmäßigen Wohltätigkeits- oder Bildungsprogrammen.

Um die Einhaltung des FCPA sicherzustellen, gestattet diese Richtlinie die Zahlung solcher Auslagen nur mit der vorherigen schriftlichen Zustimmung des zuständigen Compliance Officer der Berkshire Tochter und nur dort, wo dies mit den rechtlichen örtlichen Gesetzen vereinbar ist und wenn die Regierung oder Regierungsbehörde des Regierungsvertreters davon Kenntnis besitzt und die beabsichtigten Ausgaben schriftlich genehmigt hat.

Solche Auslagen müssen **angemessen (bescheiden und nicht verschwenderisch)** und auf die Reise- und Unterbringungskosten begrenzt sein, die bei der direkten An- und Abreise eines Regierungsvertreters zum/vom Standort der Berkshire Tochter bzw. zum/vom entsprechenden Event entstehen. Die gezahlten Auslagen dürfen keine Kosten für einen „Abstecher“ in andere Städte oder Länder oder für zusätzliche Tage für Tourismus oder Sightseeing enthalten. Die Aufenthaltskosten sollten nur angemessene Unterbringungskosten umfassen, einschließlich angemessener Aufwendungen für Mahlzeiten, die tatsächlich während oder im Zusammenhang mit dem Aufenthalt in Hotels der Businesskategorie angefallen sind, und nur während des Zeitraums des entsprechenden Meetings, Betriebsbesuchs, Seminars oder Events oder auf dem Weg zu oder von solchen Aktivitäten. Wo solche Auslagen zur Zahlung genehmigt wurden, sollten jegliche Zahlungen direkt an den Dienstleister geleistet werden (beispielsweise eine Fluggesellschaft oder ein Hotel) anstatt an den Regierungsvertreter, und jede solche Zahlung darf nur dann gezahlt oder erstattet werden, wenn sie angemessen mit Unterlagen Quittungen belegt und dann in den Büchern und Geschäftsunterlagen der entsprechenden Berkshire Tochter ordnungsgemäß aufgezeichnet wird. Unter keinen Umständen dürfen an einen Regierungsvertreter Tagespauschalen oder Tagesgelder gezahlt werden. Eine Berkshire Tochter darf niemals Teilkosten für Aufwenden übernehmen, die durch einen Ehepartner oder irgendwelche anderen Familienangehörigen eines Regierungsvertreters entstanden sind.

Politische Spenden: Jegliche getätigten politischen Spenden müssen mit den örtlichen Gesetzen vereinbar sein und die Richtlinien des FCPA einhalten und dürfen nicht getätigt werden, um Geschäftstätigkeiten zu erhalten oder fortzuführen, Geschäfte an andere Personen oder Firmen zu vermitteln oder um einen unzulässig Vorteil zu erlangen. Politische Spenden außerhalb der USA dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn:

- Die Quittung einer schriftlichen Rechtsberatung durch einen Rechtsbeistand vor Ort im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Spende in Übereinstimmung mit der Gesetzgebung vor Ort vorliegt.

- Die Quittung einer schriftlichen Rechtsberatung eines Rechtsbeistands in den Vereinigten Staaten im Hinblick auf die Rechtmäßigkeit der Spende laut FCPA vorliegt.
- Die vorherige schriftliche Genehmigung des zuständigen Compliance Officer der Tochtergesellschaft Berkshires oder eines anderen ernannten Repräsentanten wie etwa die Rechtsabteilung der Tochtergesellschaft vorliegt.

Gemeinnützige und Bildungsbeiträge: Alle gemeinnützigen und Bildungsbeiträge, einschließlich Spesen für Reisekosten, Unterkunft oder Mahlzeiten, müssen mit den örtlichen Gesetzen vereinbar sein und die Richtlinien des FCPA einhalten und dürfen nicht eingesetzt werden, um Geschäftstätigkeiten zu erhalten, Geschäfte an andere Personen oder Firmen zu vermitteln oder um einen unzulässigen Vorteil zu erlangen. Berkshire und seine Tochtergesellschaften müssen eine angemessene risikobasierte Due-Diligence-Prüfung durchführen und dokumentieren, bevor sie einen Beitrag für wohltätige oder Bildungszwecke außerhalb der USA leisten, um festzustellen, ob „Warnsignale“ vorhanden sind, die das mit der Leistung des Beitrags verbundene Risiko der Nichteinhaltung von Antikorruptionsvorschriften erhöhen könnten.

Buchhaltung und interne Kontrollvorschriften des FCPA. Der FCPA legt Buchführung und Aufzeichnungen von Berkshire und seinen konsolidierten Tochterunternehmen strenge Anforderungen auf. Diese Buchführungsvorschriften bestehen aus zwei Hauptkomponenten: den Vorschriften für Bücher und Geschäftsunterlagen sowie den internen Kontrollvorschriften.

Bücher und Geschäftsunterlagen

Die Buchführungsvorschriften verlangen von Berkshire und dessen konsolidierten Tochterunternehmen, Bücher und Geschäftsunterlagen zu führen, welche akkurat und in angemessenem Detaillierungsgrad die Transaktionen und Veräußerung von Vermögenswerten widerspiegeln. Diese Anforderungen erstrecken sich nicht nur auf die Hauptbuchführung, sondern auch auf sämtliche Dokumente, die Geschäftstransaktionen und Veräußerungen von Vermögenswerten beschreiben, wie beispielsweise Rechnungen, Quittungen, Spesenabrechnungen, Bestellungen und Lieferscheine. Falsche, irreführende oder unvollständige Angaben in den Büchern und Aufzeichnungen der Berkshire Töchter sind verboten. Diese Richtlinie verbietet ebenfalls die Unterhaltung von nicht offen gelegten oder nicht in den Geschäftsbüchern aufgeführten Mitteln und Konten. Da die Vorschriften für Bücher und Geschäftsunterlagen keine Erheblichkeitsschwelle enthalten, kann jeglicher falscher Bericht, unabhängig vom Geldbetrag, zu einer Verletzung des FCPA führen. Daher muss das gesamte Personal die Verantwortung für die Einhaltung der Anforderungen des FCPA für Bücher und Geschäftsunterlagen übernehmen. Kein Mitarbeiter sollte annehmen, dass die Verantwortung für akkurate Bücher und Geschäftsunterlagen nur jene Personen im Finanz- und Rechnungswesen betrifft.

Interne Kontrollen

Die internen Kontrollvorschriften des FCPA verlangen von Berkshire und dessen in Mehrheitsbesitz befindlichen Tochterunternehmen, ein System interner Buchhaltungskontrollen

zu entwickeln und aufrechtzuerhalten, welches ausreicht, um angemessene Sicherheit wie folgt zu gewähren:

- Transaktionen werden gemäß der allgemeinen oder spezifischen Genehmigung des Managements ausgeführt.
- Transaktionen werden in erforderlicher Weise aufgezeichnet, um die Erstellung von Bilanzen in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Buchführungsmethoden oder jeglichen anderen für solche Jahresabschlüsse geltenden Kriterien zu erlauben und die Erfassung der Vermögenswerten zu erhalten.
- Transaktionen erlauben die Erstellung von Bilanzen in Übereinstimmung mit allgemein anerkannten Buchführungsmethoden oder jeglichen anderen für solche Jahresabschlüsse geltenden Kriterien und erhalten die Erfassung der Vermögenswerten.
- Der Zugriff auf Vermögenswerte ist nur gemäß der allgemeinen oder spezifischen Genehmigung des Managements erlaubt.
- Die aufgezeichnete Erfassung der Vermögenswerte ist in angemessenen Zeitabständen mit den bestehenden Vermögenswerten zu vergleichen und bezüglich jeglicher Abweichungen sind geeignete Schritte zu ergreifen.

Bei Tochtergesellschaften, an denen Berkshire eine Minderheitsbeteiligung hält, ist Berkshire verpflichtet, nach bestem Wissen und Gewissen zu versuchen, die Tochtergesellschaft mit Hilfe seiner Corporate-Governance-Praktiken/Richtlinien anzuhalten, die oben genannte Auflage des FCPA an interne Kontrollen zu erfüllen. Dies gilt auch für Berkshire-Tochtergesellschaften, die Minderheitsbeteiligungen an Joint Ventures haben.

Es entspricht daher der Politik einer jeden Berkshire Tochter, dass alle Transaktionen in Bezug auf Betrag, Abrechnungszeitraum, Zweck und Buchhaltungsklassifikation zeitnah, konsistent und akkurat aufgezeichnet werden. Darüber hinaus muss sich jede Berkshire Tochter an die folgenden Regeln halten:

- Jede Transaktion oder Veräußerung von Vermögenswerten durch eine Berkshire Tochter muss über eine ordnungsgemäße Genehmigung verfügen. Quittungen für jegliche an einen Regierungsvertreter bereitgestellte Reisen, Geschenke oder Bewirtungen müssen eingeholt und aufbewahrt werden. Ein Antrag auf Erstattung von solchen Auslagen muss unter Vorlage von Begleitdokumenten erfolgen, einschließlich: (a) einer Beschreibung der Aufwendung, (b) ihrem Zweck, (c) Identifizierung des Empfängers der Geldmittel, (d) dem Geldbetrag der Ausgaben, und (e) der Zahlungsweise. Diese Aufzeichnungen sollten in regelmäßigen Abständen auf die Einhaltung dieser Richtlinie überprüft werden.
- Jede Zahlung an eine Regierungsbehörde oder einen Regierungsvertreter muss durch eine Rechnung oder eine Erklärung mit Briefkopf der Behörde belegt werden, aus der die erbrachten Leistungen und der zu zahlende Betrag hervorgehen.
- Keine nicht offen gelegten oder nicht in den Geschäftsbüchern aufgeführten Geldmittel oder Vermögenswerte dürfen von einer Berkshire Tochter bereitgestellt oder beibehalten werden und keine Rechnungsführungsbilanzen dürfen erstellt oder beibehalten werden, die über keine dokumentarische Unterstützung verfügen,

vollständig oder teilweise erfunden sind oder die in Wirklichkeit über keine angemessene Grundlage verfügen.

- Keine Schecks einer Berkshire Tochter dürfen als „Barschecks“ oder „Überbringerscheck“ oder an eine von einer anspruchsberechtigten Partei bevollmächtigte Drittperson ausgestellt werden. Außer den dokumentierten Transaktionen der Portokasse dürfen keine Bartransaktionen getätigt werden, es sei denn, solch eine Transaktion ist durch eine Quittung belegt, welche die Unterschrift des Empfängers trägt und dieser Empfänger eine Partei ist, mit der die relevante Berkshire Tochter einen schriftlichen Vertrag unterhält.
- Alle Portokassenkonten müssen strengen Kontrollen unterliegen, um sicherzustellen, dass kein Bargeld ohne die ordnungsgemäßen Genehmigungen ausgegeben wird. Eine Genehmigung muss vorbehaltlich des Nachweises des Empfängers erfolgen, dass die Geldmittel ausschließlich für einen ordnungsgemäßen Zweck ausgegeben werden. Die Verwendung von Bargeld sollte so weit wie möglich beschränkt werden und jeglicher Einsatz von Portokassen muss ggf. angemessen mithilfe von Quittungen Dritter dokumentiert werden. Die Belegunterlagen der Portokasse sollten beinhalten: (a) den für die Verwendung des Bargelds beabsichtigten Geschäftszweck, (b) das Datum, (c) den ausgezahlten Betrag, (d) den Namen der Person, die das Bargeld ausgibt, (e) den Namen der Person, die solches Bargeld vom Konto der Berkshire Tochter in Empfang nimmt, und (f) den Namen des endgültigen Empfängers des Bargelds, sofern verschieden.
- Zahlungen an Vermittler sollte nur in dem Land getätigt werden, in dem der Vermittler die Dienstleistungen anbietet oder in dem Land, sofern verschieden, in dem der Vermittler seinen Firmensitz hat. Geldmittel auf Konten in Ländern zu transferieren, in denen weder die Dienstleistung geliefert wird, noch der Firmensitz des Vermittlers liegt, ist nicht zulässig, es sei denn der Vermittler liefert einen legitimen Geschäftszweck, ordnungsgemäße Begleitdokumente und die Transaktionen wurden von dem designierten Compliance Officer der Berkshire Tochter genehmigt.
- Der Zugang zu den Systemen der Buchhaltung oder den Finanzunterlagen darf Personen ohne ordnungsgemäße Genehmigung nicht gewährt werden. Die Zerstörung oder Entfernung von Aufzeichnungen einer Berkshire Tochter darf nur unter Einhaltung der entsprechenden internen Richtlinie der Berkshire Tochter sowie der Richtlinie von Berkshire erfolgen.

Jede Person, die Grund zu der Annahme hat, dass bei irgendeiner Berkshire Tochter eine Verletzung der vorstehend genannten Regeln aufgetreten sein könnte (einschließlich, dass eine Zahlung an einen Regierungsvertreter in den Büchern und Geschäftsunterlagen einer Berkshire Tochter verschleiert wurde), muss unverzüglich diese Bedenken an einen Vorgesetzten oder Compliance Officer berichten bzw. über die Ethik-und-Compliance-Hotline von Berkshire melden. Jede Nachfrage durch einen internen oder unabhängigen Auditor einer Berkshire Tochter muss vollständig, korrekt und unverzüglich beantwortet werden.

Strafen. Eine Verletzung des FCPA kann für Berkshire, eine Berkshire Tochter sowie die darin verwickelten Personen zu ernsthaften Konsequenzen führen. Dazu gehören erhebliche Geld- und strafrechtliche Sanktionen bis hin zu Haftstrafen für Einzelpersonen. Die Geldstrafen für Unternehmen belaufen sich in schwerwiegenden Fällen auf über 1 Milliarde Dollar.

=====

Hinweise für die Abschnitte V und VI:

Diese Richtlinie konzentriert sich primär auf die Gesetze und Vorschriften der USA. Aufgrund der möglichen Existenz von Konflikten zwischen den Gesetzen der USA und denen von anderen Ländern, in welchen ein Tochterunternehmen Geschäftstätigkeiten betreibt, sollte jede Berkshire Tochter, die außerhalb der USA organisiert ist oder die außerhalb der USA Geschäfte betreibt, vor der Übernahme der Abschnitte V und VI dieser Richtlinie, eine Analyse durchführen, um sich zu vergewissern, dass kein Aspekt dieser Abschnitte jegliche geltenden Nicht-US-Gesetze verletzt. Wenn ein Tochterunternehmen feststellt, dass die Umsetzung der Richtlinien in den Abschnitten V und VI örtliche Gesetze verletzen würde, muss das Tochterunternehmen den Chief Financial Officer von Berkshire konsultieren, um zusätzliche Anwendungsleitlinien für mögliche Modifikationen der unteren Richtlinien zu erhalten.

=====

V. UNZULÄSSIGE TRANSAKTIONEN MIT BESTIMMTEN LÄNDERN/REGIONEN UND PERSONEN

Jede Berkshire Tochter und deren Mitarbeiter müssen sich streng an die Einhaltung sämtlicher Wirtschafts- und Handelssanktionen sowie Embargos halten, die gemäß den Gesetzen der USA, Resolutionen der Vereinten Nationen und den Gesetzen und Vorschriften von Ländern gelten, denen sie unterstehen. Die Einhaltung erfordert eine sorgfältige Beobachtung der, und manchmal Untersagungen von, Transaktionen, welche sanktionierte Länder und Regierungen sowie sanktionierte Einzelpersonen, Einrichtungen, Schiffe und Luftfahrzeuge miteinbeziehen (z. B. Terroristen, Proliferateure von Massenvernichtungswaffen oder Drogenhändler). In den meisten Fällen können Verstöße zu Gefängnisstrafen von bis zu 20 Jahren, einem Bußgeld von 1 Mio. USD oder beidem führen und pro Verstoß zivilrechtliche Strafen in Höhe von 356.579 USD oder des zweifachen Betrags der betroffenen Transaktion, je nachdem, welcher Betrag höher ist, nach sich ziehen. Je nach Art des Verstoßes und der betroffenen gesetzlichen Regelung können die anwendbaren Strafen jedoch höher ausfallen.

Die meisten der in Abschnitt V dieser Richtlinie beschriebenen Handelsrestriktionen gelten für „US-amerikanische Personen“, was alle (i) in den USA ansässigen Unternehmen und ihre ausländischen Niederlassungen, (ii) Unternehmen und Personen, die sich innerhalb der USA befinden oder anderweitig der U.S.-Hoheit unterliegen (z. B. durch Nutzung des U.S.-Bankensystems, einschließlich **aller** auf US-Dollar lautenden Transaktionen überall auf der Welt) und (iii) US-Bürger und Ausländer mit einer Daueraufenthaltsgenehmigung unabhängig vom aktuellen Wohnsitz (einschließlich US-Bürger, die im Namen von Ausländern handeln) mit einschließt. Im Falle des US-Embargos von Kuba und die gegen den Iran gerichteten unten beschriebenen Sanktionen, sind ausländische Einrichtungen, die von US-amerikanische Personen besessen oder kontrolliert werden, ebenfalls von diesen Sanktionsprogrammen betroffen.

Die in diesem Abschnitt V dargelegten Richtlinien müssen von allen in den USA ansässigen Berkshire Töchtern übernommen werden. Jede Berkshire Tochter, die außerhalb der USA ansässig ist und keine Geschäftstätigkeiten innerhalb der USA durchführt oder keine USA-Angestellten hat, sollte ihre rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich dieser Handelsrestriktionen unter Berücksichtigung solcher Faktoren wie ihren Eigentumsverhältnissen, die Staatsbürgerschaft

ihrer Mitarbeiter, den Charakter und die Verortung ihrer Geschäftsaktivitäten und Beziehungen zu Dritten (insbesondere zu Banken) und ob sie Waren, Dienstleistungen oder Technologien nutzt oder verkauft, die der US-Exportkontrolle unterliegen, sorgfältig prüfen und alle Teile dieser Richtlinie übernehmen, die auf ihre Geschäftstätigkeiten zutreffen oder anderweitig umsichtig und mit der örtlichen Gesetzgebung in Einklang sind. Jegliche potentiellen Konflikte zwischen der örtlichen Gesetzgebung und den unten beschriebenen Handelsrestriktionen sollten durch den Compliance Officer der betroffenen Berkshire Tochter mit dem Rechtsberater und dem Chief Financial Officer oder einer anderen, vom Chief Financial Officer von Berkshire benannten Person, besprochen werden.

Im Folgenden werden genauere Informationen zu bestimmte Länder bzw. Tätigkeiten betreffenden Sanktionen gegeben:

Transaktionen mit Kuba, Iran, Nordkorea, Syrien und bestimmte besetzte oder annektierte Gebiete der Ukraine. Die USA haben umfassende Embargos gegen die folgenden Länder/geographischen Regionen eingerichtet:

- Kuba
- Iran
- Nordkorea
- Syrien
- Die „Donezker Volksrepublik“, die „Luhansker Volksrepublik“ und die Krimregion (russisch besetzte Gebiete in der Ukraine)

Diese Sanktions-Programme beinhalten Embargos oder Verbote, (mit gewissen Ausnahmen) die US-amerikanische Personen von Handel, Geschäftsverkehr und finanziellen Transaktionen mit natürlichen und juristischen Personen mit Sitz in den oben genannten Ländern/Regionen ausschließen. Einige nicht abschließende Beispiele von Geschäften, die eingeschränkt sind, beinhalten:

- Importe von Waren, Technologien, Software oder Dienstleistungen, die aus dem Embargoland/der dem Embargo unterworfenen Region stammen oder dort ihre Herkunft haben, in die USA und, in einigen Fällen, in andere Länder
- Exporte aus den Vereinigten Staaten oder, in manchen Fällen, aus anderen Staaten von Gütern, Technologie, Software oder Dienstleistungen unmittelbar oder über Vermittler in das dem Embargo unterworfenen Land/die Region
- Investitionen im das/die dem Embargo unterworfenen Land/Region
- Vermittlung des Verkaufs von Waren, Technologien oder Dienstleistungen nach oder aus dem/der dem Embargo unterworfenen Land/Region, auch wenn die Transaktion vollständig außerhalb der USA erfolgt
- Anbieten von Versicherungen oder Rückversicherung von Unternehmen oder Immobilien des/ der dem Embargo unterworfenen Landes/Region oder seiner Staatsangehörigen, oder von Importen aus dem oder Exporten in das/die dem Embargo unterworfenen Land oder seinen/ihren Staatsangehörigen
- Andere Transaktionen, bei denen ein Finanzinstitut oder andere Personen im Namen des/der dem Embargo unterworfenen Landes/Region irgendwelche Interessen besitzen.

Die Embargoprogramme sind häufigen Änderungen unterworfen. Detaillierte Informationen zu diesen Embargos, einschließlich „FAQs“ und anderer Anleitungen, können auf der Website des Office of Foreign Assets Control (OFAC) unter <https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/sanctions-programs-and-country-information> abgerufen werden. Die Compliance-Beauftragten der Tochtergesellschaften von Berkshire werden aufgefordert, die OFAC-Website regelmäßig zu konsultieren und sich zu registrieren, um E-Mail-Benachrichtigungen des OFAC zu empfangen, wenn Änderungen auftreten oder neue Informationen oder Anleitungen verfügbar werden.

Darüber hinaus darf kein Mitarbeiter oder Vertreter von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des Compliance-Beauftragten der Berkshire-Tochtergesellschaft geschäftlich in die oben aufgeführten Embargoländer reisen. Wenn eine solche Reise genehmigt wird, darf sie nur im Einklang mit den Bedingungen der Genehmigung durchgeführt werden. Darüber hinaus darf kein Mitarbeiter von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft Geräte, die von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft ausgegeben wurden, in diese Länder mitnehmen (d. h. Laptops, Mobiltelefone, Tablets oder andere mobile Geräte usw.), und kein persönliches mobiles Gerät eines Mitarbeiters, das auf einer solchen Reise mitgeführt wird, darf eine oder mehrere Anwendungen enthalten, die den Zugang zu einem E-Mail-System oder Netzwerk von Berkshire oder einer Berkshire-Tochtergesellschaft ermöglichen.

In Anbetracht der Komplexität der oben genannten Gesetze und Sanktions-Programme **darf keine Berkshire Tochter, auf die Abschnitt V zutrifft, sich an irgendwelchen Transaktionen oder oben beschriebenen Verhaltensweisen beteiligen, bei denen bekanntermaßen, direkt oder indirekt, Kuba, Iran, Nordkorea, Russland, Syrien, Venezuela oder die oben erwähnten besetzten Regionen der Ukraine miteinbezogen sind,** ohne zuvor Rücksprache mit dem zuständigen Compliance Officer der Berkshire Tochter unter Beratung durch einen Rechtsbeistand und den CFO Berkshires oder andere durch den CFO ernannte Personen von Berkshire zu halten.

Transaktionen mit Venezuela. Aufgrund fortdauernder und zunehmender Bedenken der US-Regierung hinsichtlich der politischen und sozialen Entwicklungen in Venezuela haben das OFAC und andere Bundesbehörden Sanktionen für verschiedene Branchen, Regierungsbehörden, einzelne Personen und Einrichtungen gesondert entwickelt und eingesetzt. Die verschiedenen Sanktionen entsprechen, in Anbetracht ihres Umfangs und ihrer Komplexität zusammen betrachtet, *de facto* einem Embargo für Geschäfte mit Venezuela. Demzufolge führt Berkshire eine Richtlinie, keine Geschäfte mit oder in Venezuela bzw. mit Personen oder Einrichtungen zu tätigen, die zur Regierung Venezuelas gehören. Ende 2023 einigte sich die Regierung Venezuelas grundsätzlich mit den Vereinigten Staaten und anderen darauf, in der zweiten Hälfte des Jahres 2024 freie und faire Wahlen abzuhalten. Das OFAC hat dementsprechend widerrufliche Genehmigungen erteilt, die i) bestimmte öl- und gasbezogene Transaktionen mit Petróleos de Venezuela, S.A. („PdVSA“, Venezuelas staatlicher Ölgesellschaft und seit langem Ziel umfassender US-Sanktionen) und ii) den Sekundärmarkthandel von US-Personen mit bestimmten vor 2017 von PdVSA und der Regierung Venezuelas begebenen Staatsanleihen erlauben. Das OFAC hat öffentlich darauf hingewiesen, dass es diese vorübergehende Erleichterung aufheben wird, wenn die venezolanische Regierung ihren Verpflichtungen zur Durchführung freier Wahlen nicht nachkommt.

Sanktionen und Exportrestriktionen gegen Russland.

Als Reaktion auf die feindlichen Handlungen in der Ukraine Anfang 2022 verhängten die Vereinigten Staaten und viele andere Ländern, in denen Berkshire tätig ist, eine Reihe von Sanktionen gegen Russland. Infolgedessen tätigt Berkshire grundsätzlich keine Geschäfte in oder mit Russland. Vor Tätigung von Geschäften mit Russland müssen Berkshire-Tochtergesellschaften detaillierte schriftliche Ablaufrichtlinien und -verfahren aufstellen, die festlegen, wie die Geschäfte unter strikter Einhaltung dieser Vorschriften abgewickelt werden sollen, und diese Richtlinien und Verfahren jährlich dem CFO von Berkshire oder einer anderen vom CFO benannten Person zur vorherigen Genehmigung vorlegen. Dies gilt für Einnahmen aus Russland sowie aus Lieferketten- und Dienstleister-Beziehungen (z.B. Softwareentwicklung und -codierung). Diese russischen Sanktionen wurden im Laufe des Jahres 2022 und 2023 mehrfach erweitert und aktualisiert und werden wahrscheinlich bis zum Ende des Konflikts in der Ukraine weiter gelten. Hunderte von russischen Unternehmen, die meisten Banken, Dutzende von vermögenden Russen und die Unternehmen, die sie besitzen oder kontrollieren, unterliegen einem vollständigen Verbot von Geschäften mit den Vereinigten Staaten. Ebenfalls wichtig ist das vollständige Verbot von „Neuinvestitionen“ in Russland durch US-Personen.¹ Dieses Verbot hat zur Folge, dass US-Personen keine Aktien oder Schuldtitel **eines in Russland ansässigen Unternehmens** kaufen (z. B. Kredite an diese vergeben) dürfen. Sie dürfen sich auch nicht an solchen Geschäften mit nicht-russischen Unternehmen beteiligen, die mehr als die Hälfte ihrer Einkünfte oder Vermögenswerte in Russland haben oder bei denen der Zweck der Investition darin besteht, Aktivitäten in Russland zu unterstützen. US-Personen ist es außerdem untersagt, neue Investitionen zu tätigen, um neue Anlagen oder Fabriken zu bauen oder neue Geschäftstätigkeiten in Russland aufzunehmen. Russische Tochtergesellschaften von US-Firmen dürfen ihre bestehenden Geschäfte weiterführen (aber nicht ausbauen), wobei sie einer Reihe weiterer Sanktionsbeschränkungen unterliegen, die sich darauf beziehen, an wen sie verkaufen, mit wem sie Bankgeschäfte tätigen und mit wem sie in der Regierung verkehren.

Die USA verbieten US-Personen auch die Erbringung einer Reihe von Dienstleistungen für die russische Wirtschaft, und zwar unabhängig davon, ob der Empfänger von listenbedingten Sanktionen betroffen ist. Diese Dienstleistungs-Sanktionen umfassen: Buchhaltungs-, Treuhand- und Unternehmensgründungsdienste, Unternehmensberatungsdienstleistungen, Architektur- und Ingenieurdienstleistungen sowie Quantencomputerdienstleistungen. Ähnliche Sanktionen zielen auf die Beteiligung an der Förderung und dem Transport von russischem Öl und Gas ab, darunter ein Verbot der Erbringung nahezu aller Dienstleistungen (einschließlich Versicherungen) im Zusammenhang mit dem Seetransport von russischem Öl auf dem Seeweg, sofern nicht bestimmte Preisobergrenzen eingehalten werden. Russische Unternehmen, die in o.g. Sektoren, im Finanzsektor, in der Metall-/Bergbauindustrie und in der Luftfahrt tätig sind, sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, von Sanktionen auf Grundlage von Listen betroffen zu sein.

Die durch den Ukraine-Konflikt ausgelösten Änderungen der US-Ausfuhrkontrollen haben zur Folge, dass fast alle von den USA kontrollierten Güter nicht mehr nach Russland exportiert werden dürfen. Dazu gehören, mit wenigen Ausnahmen, allgemein verbreitete Verschlüsselungsfunktionen in Computersoftware sowie das Meiste an „Dual-Use“-Hardware und technischen Informationen.

¹ Siehe Executive Order 14071 und die vom OFAC herausgegebenen Durchführungs-„FAQs“.

Gesondert zu erwähnen ist, dass es in Bezug auf Russland nach wie vor Beschränkungen für bestimmte Schuld- oder Eigenkapitaltransaktionen gibt.² Diese Verbote stammen aus dem Jahr 2014 und wurden weitgehend unter das oben erwähnte Verbot von „Neuinvestitionen“ subsumiert, bleiben jedoch in Kraft und sollten gesondert bewertet werden.

Transaktionen mit China. China ist seit Kurzem das Ziel bedeutender US-Wirtschaftssanktionen und Exportkontrollmaßnahmen, die den Geschäftsverkehr mit chinesischen Unternehmen oder Einzelpersonen beschränken und bestimmte US-Exporte und Reexporte nach China verbieten oder mit Lizenzanforderungen versehen. Mehrere US-Regierungsstellen haben ihre unterschiedlichen Listen aktualisiert und sie umfassen nun auch chinesische staatliche Stellen und Beamte sowie zahlreiche private Unternehmen und Personen. Gemäß den US Export Administration Regulations („EAR“), die in Abschnitt VI dieser Richtlinie erörtert werden, sind in der Entity List des Bureau of Industry and Security („BIS“) des US-Handelsministeriums zahlreiche bekannte chinesische Unternehmen und ihre weltweiten Tochtergesellschaften (wie z. B. Huawei) aufgeführt, an die U.S. Exporte und Reexporte ohne eine BIS-Lizenz nicht erlaubt sind. Darüber hinaus sehen die EAR Endverwendungskontrollen und eine Export- und Reexportlizenzpflicht (mit einer Politik der Verweigerung) für bestimmte kommerzielle Güter vor, wenn diese an Unternehmen in China geliefert werden, die auch Verteidigungsartikel zur Verwendung durch das chinesische Militär oder Unternehmen in China, die den militärischen Geheimdienst unterstützen, herstellen und unterstützen. Um die Exporteure bei der Anwendung dieser Kontrollen zu unterstützen, hat das BIS vor kurzem die Military End-Users List (zu finden in Supplement 7 zu Teil 744 der EAR) und die Military-Intelligence End-Users List (zu finden in Abschnitt 744.22 der EAR) eingeführt. Die US-Regierung änderte auch ihren Ansatz in Bezug auf die Behandlung von Hongkong, indem sie separate Exportlizenzregeln und -genehmigungen abschaffte und von importierten Waren verlangte, dass sie den chinesischen und nicht den Hongkonger Ursprung widerspiegeln. Jüngste Menschenrechtsgesetze konzentrieren sich auch auf Zwangsarbeit in China, was zu einem Importverbot in die USA für verschiedene Produkte führt, die in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang hergestellt werden, darunter landwirtschaftliche Produkte, Automobile und Elektronik (siehe OFAC's 2021 Xinjiang Supply Chain Business Advisory). Diese und andere Beschränkungen entwickeln sich schnell. Tochterunternehmen von Berkshire, die mit und in China Geschäfte machen, werden dazu angehalten, neue Entwicklungen regelmäßig zu überprüfen und sicherzustellen, dass ihre Richtlinien und Verfahren mit den aktuellen Wirtschaftssanktionen, Export- und Importanforderungen übereinstimmen.

Transaktionen mit bestimmten gesperrten Einzelpersonen, Einrichtungen und Gruppen. Die USA hat ebenfalls Wirtschafts- und Handelssanktionen verfügt, die es US-Personen, einschließlich Unternehmen mit Sitz außerhalb der USA, die sich im Besitz einer US-Muttergesellschaft befinden, verbietet, nicht genehmigte Transaktionen von fast jeder Art mit benannten Einzelpersonen, Einrichtungen, Schiffen und Luftfahrzeugen durchzuführen. Die US-Regierung bestimmt solche Einzelpersonen, Einrichtungen, Schiffe und Luftfahrzeuge, indem sie deren Namen auf die „SDN-Liste“ („List of Specially Designated Nationals and Blocked Persons“) setzt, die vom OFAC geführt wird. Zu den weiteren Listen von Parteien, mit denen verschiedene Transaktionen eingeschränkt oder verboten sind, gehören die Entity List, die Denied Persons List

² Siehe z. B. Executive Order 13662 und die vom OFAC geführten Durchführungsrichtlinien 1-4 bezüglich des Verbots neuer Schulden/neuen Eigenkapitals sowie der Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen zur Unterstützung von Tiefseebohrungen, Offshore-Bohrungen in der Arktis und Schieferbohrungen in Russland.

und die Unverified List, die alle vom BIS verwaltet werden, sowie die Debarred Parties List, die vom Directorate of Defense Trade Controls des US Außenministeriums verwaltet wird.

Die SDN-Liste umfasst Einrichtungen, welche sich auf eine Weise verhalten haben, die für die nationalen Sicherheit und außenpolitischen Interessen der USA schädlich ist, wie „grenzübergreifende kriminelle Organisationen“, „Drogenhändler“, „terroristische Organisationen“, „Proliferateure von Massenvernichtungswaffen“ und andere Verhaltensweisen wie Cyberkriminalität, Wahleinmischung, Korruption und Menschenrechtsverletzungen. Andere Teile der Liste umfassen Personen und Einrichtungen aus den Embargoländern und aus den oben beschriebenen Regionen (d. h. Kuba, Iran, Nordkorea, Syrien und die Regionen Luhansk und Donezk der Ukraine) und andere, die sich an Aktivitäten im Zusammenhang mit bestimmten Ländern oder Regionen beteiligt haben, einschließlich, aber nicht beschränkt auf, die Balkanstaaten, Belarus (Weißrussland), Burma (Myanmar), die Zentralafrikanische Republik, Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Hong Kong, Irak, Libanon, Libyen, Mali, Nicaragua, Russland, Somalia, Südsudan, Sudan und Dafur, Ukraine, Venezuela, Jemen und Simbabwe.

Die SDN-Liste wird häufig aktualisiert (manchmal sogar mehrfach pro Woche) und ist im Internet einzusehen unter:

<https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/specially-designated-nationals-and-blocked-persons-list-sdn-human-readable-lists>.³

Zu den Personen, die den OFAC-Sanktionen unterliegen, gehören nicht nur Personen, die auf der SDN-Liste aufgeführt sind, sondern auch Personen, die direkt oder indirekt zu 50 % oder mehr im Besitz einer oder mehrerer juristischer Personen auf der SDN-Liste sind. Diese Stellen müssen als gesperrte oder designierte Parteien behandelt werden. Daher ist es wichtig, die Eigentümerstruktur von Unternehmen zu kennen, mit denen Transaktionen durchgeführt werden, um festzustellen, ob das Unternehmen, obwohl es vielleicht selbst kein SDN ist, laut 50-Prozent-Regel von OFAC als SDN gilt. Diese Analyse beinhaltet oft ein Verständnis der Eigentümer der Unternehmen. Zusätzlich zu allen Personen, die explizit auf der SDN-Liste aufgeführt sind oder laut 50-Prozent-Regel von OFAC als SDNs gelten, gelten die Sperranforderungen für die Regierungen von Kuba, Iran, Nordkorea und Syrien sowie für die meisten kubanischen Personen und Unternehmen und alle iranischen Finanzinstitute.

Zusätzlich zu dem Verbot, Transaktionen mit SDNs abzuschließen, müssen US-amerikanische Personen, die in Besitz oder Kontrolle von jeglichem Eigentum kommen, an dem ein SDN ein Interesse hat, solch ein Eigentum „blockieren“ oder „einfrieren“ (d. h. die blockierten Gelder auf ein Sperrkonto platzieren) und die Blockierung innerhalb von 10 Werktagen dem OFAC melden. Dies ist meist im Bankkontext relevant, kann aber auch ein Grund sein, warum ein Verkäufer (der sich irgendwo auf der Welt befindet) nicht in der Lage ist, für zuvor erbrachte Dienstleistungen oder bereits gelieferte Waren bezahlt zu werden.

Vor dem Abschluss einer Transaktion und dem Versand von Waren sollte jede Berkshire Tochtergesellschaft eine Überprüfung der Parteien (einschließlich Lieferanten und Kunden) und, falls zutreffend, ihrer Eigentümer anhand der SDN- und anderer Listen mit eingeschränkten Parteien, einschließlich der SSI-Liste, durchführen, um alle zutreffenden Einschränkungen zu identifizieren, die die Transaktion verbieten oder einschränken könnten. Die US-Regierung hat die

³ Die OFAC-Website bietet auch eine Suchmaschine für die SDN-Liste und andere vom OFAC geführte Listen unter <http://sdnsearch.ofac.treas.gov/>.

US-Listen in der Consolidated Screening List zusammengefasst, die unter <https://legacy.export.gov/csl-search> verfügbar ist. Anstelle einer manuellen Überprüfung (Screening) gibt es eine Reihe von Drittanbietern von Software, die automatische Screening-Tools bereitstellen können. Die Tochterunternehmen von Berkshire müssen im Rahmen ihrer Risikobewertung prüfen, ob die Anschaffung eines solchen Screening-Tools angesichts des Umfangs und der Art ihrer Transaktionen angemessen wäre. Jede Berkshire Tochter, die ein Screening-Tool einsetzt, sollte sicherstellen, dass es alle anwendbaren US-Listen und alle anwendbaren Listen anderer Länder, in oder mit denen das Tochterunternehmen geschäftliche Beziehungen unterhält, abdeckt.

Alle Tochterunternehmen sollten ein risikobasiertes Verfahren entwickeln, um Transaktionen zu überprüfen und die Einhaltung aller geltenden Verbote, Sanktionen und Embargos sicherzustellen. Die Tochterunternehmen sollten die Einhaltung des Abschnitts V dieser Richtlinie überwachen.

Keine Berkshire Tochter oder deren Mitarbeiter, für die dieser Abschnitt V gültig ist, darf irgendwelche Transaktionen oder irgendwelche Geschäfte durchführen, mit jeglicher Person, Einrichtung, Schiff oder Luftfahrzeug auf der SDN-Liste (oder jegliche Person, die anderweitig gesperrt ist), ob direkt oder indirekt, und jegliche voraussichtlichen Geschäfte mit Personen, die tatsächlich oder mutmaßlich auf der SDN-Liste stehen, müssen unverzüglich an den zuständigen Compliance Officer der Berkshire Tochter berichtet werden.

Ransomware-Zahlungen. OFAC hat einen Hinweis bezüglich der Zahlung von Lösegeld in Verbindung mit Malware-Angriffen herausgegeben. Personen, die mit mehreren Arten von Malware in Verbindung stehen, wurden auf die SDN-Liste gesetzt, darunter Personen, die mit Triton, Cryptolocker, SamSam, WannaCry 2.0 und Dridex in Verbindung stehen, sowie Unternehmen, die finanzielle Transaktionen für Ransomware-Akteure, einschließlich SUEX, ermöglichen. Darüber hinaus hat OFAC vor kurzem einen Leitfaden herausgegeben, der die Branche der virtuellen Währungen dabei unterstützen soll, die OFAC-Sanktionen einzuhalten. (https://home.treasury.gov/system/files/126/virtual_currency_guidance_brochure.pdf).

Wie oben beschrieben, ist es US-Personen untersagt, mit Personen auf der SDN-Liste und Einrichtungen zu handeln, die direkt oder indirekt zu 50 % oder mehr im Besitz von einem oder mehreren SDNs sind. OFAC hat erklärt, dass Anträge auf Lizenzen, die Ransomware-Zahlungen an SDNs erlauben, einer Ablehnungsvoraussetzung unterliegen. Tochterunternehmen von Berkshire, die mit Ransomwaredorderungen von böswilligen Cyber-Akteuren konfrontiert sind oder die eine Versicherung oder Rückversicherung anbieten, die Cyber-Ransomwaredorderungen oder -zahlungen abdeckt, sollten eine Sorgfaltsprüfung durchführen, um sicherzustellen, dass die Partei, die eine Lösegeldzahlung fordert, kein SDN ist oder anderweitig Handelssanktionen unterliegt. Ransomwarezahlungen, bei denen eine Berkshire Tochter das Opfer ist, sollten von dem Tochterunternehmen nur dann geleistet werden, wenn sie vom Compliance-Beauftragten dieser Berkshire Tochter genehmigt wurden. In Fällen, in denen die Berkshire Tochter eine Versicherung oder Rückversicherung zur Deckung von Cyber-Ransomwaredorderungen abgeschlossen hat, sollten solche Rückversicherungsansprüche nur nach Einhaltung der geltenden schriftlichen Cyber-Ransomware-Sorgfaltsverfahren gezahlt werden, die vom Compliance-Beauftragten des Tochterunternehmens genehmigt worden sind. Das OFAC empfiehlt außerdem dringend, derartige Forderungen umgehend den Strafverfolgungsbehörden zu melden. Die neueste OFAC-Leitlinie zu potenziellen Sanktionsrisiken bei der Ermöglichung von Ransomware-Zahlungen enthält wichtige Informationen zu den Erwartungen des OFAC hinsichtlich der Verringerung des Risikos einer

Erpressung durch einen sanktionierten Akteur durch die Einführung oder Verbesserung von Cybersicherheitspraktiken sowie die Zusammenarbeit mit dem OFAC und den Strafverfolgungsbehörden, abrufbar auf:

(https://home.treasury.gov/system/files/126/ofac_ransomware_advisory.pdf).

Das US-Finanzministerium hat auch Organisationen aller Größenordnungen aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Risiko von Ransomware-Angriffen zu verringern und ihre Cybersicherheit zu verbessern. Es hat die Website www.stopransomware.com eingerichtet, auf der Tools und Ressourcen mehrerer Bundesbehörden zusammengestellt sind, die Organisationen nutzen können, um mehr darüber zu erfahren, wie Ransomware funktioniert, wie sie sich schützen können, wie sie Vorfälle melden und wie sie technische Unterstützung anfordern können.

Ermöglichung. Keine Berkshire Tochter und kein Mitarbeiter, wo auch immer befindlich, darf irgendeine Transaktion mit jeglichem Embargoland oder Sanktionen unterliegenden Einzelpersonen einschließlich SDN ermöglichen, ohne über eine ordnungsgemäße Lizenz oder anderweitige Bewilligung zu verfügen. „Ermöglichung“ bezeichnet „jegliche nicht lizenzierte Handlung durch eine Person der Vereinigten Staaten, welche die Handelsaktivität mit [einem Sanktionsziel] durch Personen Beihilfe leistet oder diese unterstützt“, abgesehen von gewissen, streng geregelten Ausnahmen (etwa bei Handlungen, welche „ausschließlich der Verwaltung dienen“ oder „der Unterrichtung dient, welche nicht den Handel oder finanzielle Transaktionen fördert“).

Eine „Ermöglichung“ liegt zum Beispiel vor, wenn eine US-Berkshire-Tochter oder eine US-Person, gleich wo auf der Welt:

- Richtlinien oder Verfahren abändert, um einer ausländischen Tochtergesellschaft zu erlauben, eine Transaktion mit einer verbotenen Partei zu akzeptieren
- auf eine Angebotsanfrage reagiert, an der eine verbotene Partei oder ein verbotenes Land beteiligt ist
- formell oder informell über eine Transaktion abstimmt (z. B. als Vorstandsmitglied), Transaktionsdokumente genehmigt, anordnet oder ausführt, wenn die Transaktion verboten wäre, wenn sie von einer US-Person oder innerhalb der USA durchgeführt würde.
- es einer ausländischen Berkshire-Tochtergesellschaft erlaubt, die Ressourcen eines US-Berkshire-Unternehmens (z. B. Computersysteme, lizenzierte Software, Bankbeziehungen, operative Aufsicht, Management- oder Rechtsdienstleistungen usw.) zur Unterstützung ihrer Transaktionen zu nutzen, wenn die Transaktion verboten wäre, wenn sie von einer US-Person oder innerhalb der USA durchgeführt würde.

Wenn Sie eine Mitteilung von einer ausländischen Berkshire-Tochtergesellschaft erhalten, die möglicherweise mit einer oder mehreren Transaktionen in Verbindung steht, die verboten wären, wenn sie von einer US-Person oder innerhalb der USA durchgeführt würde/n, wenden Sie sich bitte an den Compliance-Beauftragten Ihrer Tochtergesellschaft, bevor Sie auf diese Mitteilung antworten oder sich auf eine Diskussion über die Transaktion einlassen.

Sekundäre Sanktionen. Die US-Regierung unterhält auch „sekundäre Sanktionsprogramme“, die in vielen Fällen durch die Gesetzgebung vorgeschrieben sind und unter denen Sanktionen gegen ausländische Personen verhängt werden können oder müssen, die sich an Geschäften mit SDNs oder anderen Aktivitäten beteiligen, die gegen die nationale Sicherheit oder die Außenpolitik der USA verstoßen. Sekundäre Sanktionen versuchen, die Geschäfte ausländischer Unternehmen zu regulieren, die keinen Bezug zu den USA haben, indem sie Konsequenzen für die Beteiligung an solchen Aktivitäten auferlegen. Sekundäre Sanktionen sind vor allem im Zusammenhang mit den Iran- und Russland-Sanktionsprogrammen verbreitet, aber auch viele andere Sanktionsprogramme enthalten sekundäre Sanktionselemente. Unter sekundären Sanktionen können ausländische Unternehmen, die mit SDNs und Embargoländern Geschäfte machen, bestimmten Konsequenzen unterliegen, die ihre Fähigkeit, Geschäfte mit den USA zu machen, beeinträchtigen können, einschließlich der Verweigerung des Zugangs zum US-Finanzsystem und/oder der Einstufung der ausländischen Person als SDN. Die nicht-US-amerikanischen Tochtergesellschaften von Berkshire sollten sich selbst über sekundäre Sanktionen informieren und mögliche Risiken von sekundären Sanktionen in Betracht ziehen, wenn sie mit SDN handeln oder andere Geschäfte tätigen, die zu einer Gefährdung durch sekundäre Sanktionen führen könnten.

Offenlegung von Geschäftsaktivitäten mit dem Iran. Abschnitt 13 des U.S. Securities Exchange Act von 1934 verlangt, dass bestimmte bei der Börsenaufsichtsbehörde („SEC“) registrierte Emittenten, einschließlich Berkshire, in ihren öffentlichen Einreichungen und separaten Berichten an die SEC offenlegen, wenn der Emittent oder jeglicher seiner Partner wissentlich bestimmte Geschäftstätigkeiten mit dem Iran und Transaktionen oder Geschäfte mit bestimmten „gesperrten Personen“ aufgenommen hat. Bei diesen Emittenten müssen die vierteljährlichen und jährlichen Berichte die Offenlegung aller berichtspflichtigen Aktivitäten enthalten, die während diesem von dem Bericht abgedeckten Zeitraum aufgetreten sind (z. B. bei einem jährlichen Bericht, während des Geschäftsjahres). Die Offenlegung ist bezüglich den Aktivitäten eines jeden Tochterunternehmens von Berkshire erforderlich, welche nach dem Gesetz als Partnerunternehmen gelten.

Ein breites Spektrum an Aktivitäten bezüglich des Iran ist berichtspflichtig, einschließlich jene in Bezug auf den Energiesektor, die militärischen Fähigkeiten, die Unterdrückung der Menschenrechte und die Abwicklung bestimmter Finanzgeschäfte oder Einbeziehung iranischer SDN. Die berichtspflichtigen Aktivitäten umfassen unter anderen:

- Bestimmte Aktivitäten in Bezug auf die iranische Erdölindustrie, wie die Bereitstellung einer Versicherung oder Wiederversicherung, was zur Fähigkeit des Irans beiträgt, raffinierte Erdölerzeugnisse zu importieren.
- Bestimmte Aktivitäten, welche wesentlich zu der Fähigkeit des Irans beitragen, destabilisierende Mengen und Arten von fortschrittlichen konventionellen Waffen oder Massenvernichtungswaffen zu erwerben oder zu entwickeln.
- Bestimmte Aktivitäten im Zusammenhang mit Geschäften mit der iranischen Regierung.
- Bestimmte Aktivitäten, welche den Erwerb oder die Benutzung von Waren oder Technologien unterstützen, welche wahrscheinlich zur Verübung von Menschenrechtsverletzungen bei den Einwohnern des Irans verwendet werden.

Sollten Mitarbeiter oder Mitarbeiterinnen einer Berkshire Tochter den Anlass haben, zu vermuten, dass irgendeine potenziell berichtspflichtige Aktivität aufgetreten ist, müssen sie dies unverzüglich an den Chief Financial Officer von Berkshire berichten, damit eine Feststellung erfolgen kann, ob diese Aktivität derart ist, dass eine Offenlegung gemäß der Gesetzgebung der USA erforderlich ist. Da es keine Wesentlichkeitsschwelle für Transaktionen in Bezug auf die Offenlegungspflichten gibt, ist es wichtig, dass Berkshire über sämtliche solche Aktivitäten in Kenntnis gesetzt wird, auch wenn diese gering oder nebensächlich erscheinen.

Fortlaufende Compliance. Da sich die Programme zur Bekämpfung des Terrorismus sowie der Außenpolitik weiterentwickeln und sich die damit verbundenen Vorschriften ändern, kann sich der Charakter und das Ausmaß der verbotenen Geschäftsaktivitäten ändern; beispielsweise könnten gegen weitere Länder oder Personen Embargos oder Sanktionen verhängt werden oder bestehende Embargos könnten aufgehoben oder Sanktionen erleichtert werden. Ebenfalls können zusätzliche oder andersartige Anforderungen für Unternehmen von Berkshire gelten, die keine US-amerikanischen Personen sind oder ihre Geschäftstätigkeiten außerhalb der USA durchführen. Jede Berkshire Tochter sollte die für sie geltenden Sanktionsprogramme und andere Handelsrestriktionen überwachen, um sicherzustellen, dass ihre Richtlinien auf dem aktuellen Stand sind. Die Mitarbeiter einer Berkshire Tochter sollten sich mit ihrem Compliance Officer beraten, um sich der Einhaltung der geltenden Anforderungen zu vergewissern, bevor sie Vertragsverhältnisse oder geschäftliche Beziehungen mit Personen eingehen oder Länder miteinbeziehen, welche in potenzielle Embargos oder Sanktionen verwickelt sein könnten. Berkshire-Tochtergesellschaften müssen alle OFAC-bezogenen Unterlagen (einschließlich Screening-Aufzeichnungen, Lizenzinformationen usw.) mindestens fünf Jahre lang aufbewahren.

Hinweise zu den Erwartungen des OFAC in Bezug auf Risikobewertungen und Compliance finden Sie unter https://home.treasury.gov/system/files/126/framework_ofac_cc.pdf.

VI. ANDERE RESTRIKTIERTE TRANSAKTIONEN

Compliance von Import und Export. Über verschiedene Statuten und Regelungen einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf, International Traffic in Arms Regulations (ITAR) der Vereinigten Staaten, die EAR, die Vorschriften zum Import von Waffen, Munition und Kriegsgerät, sowie die Zollgesetze und -regelungen der Vereinigten Staaten (zusammen „Die Überwachungsgesetze für Import und Export der Vereinigten Staaten“) überwachen die Vereinigten Staaten den (vorübergehenden und dauerhaften) Import in die und den (vorübergehenden und dauerhaften) Export aus den Vereinigten Staaten oder mittelbar durch ein Drittland von Produkten, Software und Technologie/technischen Daten und die Bereitstellung der damit zusammenhängenden Schutzdienstleistungen an ausländische Personen/Staatsbürger. Zusätzlich beinhaltet die ITAR Registrierungsauflagen für US-amerikanische Hersteller (einschließlich weiterverarbeitende Betriebe) und Vermittler von Verteidigungsartikeln, die der ITAR unterliegen, auch wenn diese Unternehmen nicht aus den USA exportieren. Diese Vorschriften verbieten auch die ungenehmigte Weitergabe von kontrollierten technischen Informationen an bestimmte ausländische Staatsangehörige innerhalb der USA, die als Ausfuhr betrachtet („Deemed export“) werden.

Die für die Verwaltung der EAR und der ITAR zuständigen Behörden haben auch Listen von Parteien veröffentlicht, mit denen verschiedene Ausfuhr- oder Wiederausfuhrtransaktionen eingeschränkt oder verboten sind (siehe oben im Abschnitt *Transaktionen mit bestimmten gesperrten Personen, Einrichtungen und Gruppen*, Seite 12).

Es entspricht der Politik einer jeden Berkshire Tochter, die Überwachungsgesetze der Vereinigten Staaten zu Import und Export, sowie die geltenden lokalen Export- und Importgesetze vollständig einzuhalten. Jede Berkshire Tochter sollte ihre Geschäftstätigkeiten untersuchen, um festzustellen, ob sie diesen Vorschriften unterworfen ist und, falls dem so ist, angemessene Verfahren entwickeln, um die individuellen Compliance-Risiken anzugehen.

Anti-Boykott-Gesetze der USA. Die Anti-Boykott-Gesetze verbieten US-amerikanischen Unternehmen sowie deren „tatsächlich kontrollierten“ ausländischen Partnerunternehmen in dem Maß wie der Handel der USA betroffen ist, die Teilnahme an ausländischen Boykotten, welche die USA nicht billigen. Darüber hinaus muss eine erhaltene, mit Boykotten verbundene Anfrage innerhalb von 30 Tagen ab dem Ende des Quartals, in dem diese empfangen wurde, an das Handelsministerium berichtet werden. Die Teilnahme an nicht gebilligten ausländischen Boykotten kann ebenfalls negative steuerliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Obwohl die Anti-Boykott-Gesetze für alle nicht von den USA gebilligten Boykotte gelten, die von ausländischen Ländern verhängt wurden, ist der gegen Israel gerichtete Boykott der Arabischen Liga der hauptsächlich abgedeckte ausländische Wirtschaftsboykott. Obwohl das Finanzministerium der USA die Länder Irak, Kuwait, Libanon, Libyen, Katar, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen als die boykottierenden Länder benannt hat, können andere Länder ebenfalls Ursprung von Boykottforderungen sein.

Es entspricht der Politik einer jeden Berkshire Tochter, alle geltenden Anti-Boykott-Gesetze der USA vollständig einzuhalten. Keine Berkshire Tochter, noch deren Mitarbeiter, dürfen irgendeine Maßnahme ergreifen, die, direkt oder indirekt, den Boykott gegen Israel oder jeglichen anderen, von den USA nicht gebilligten ausländischen Boykott unterstützt. Jeder Mitarbeiter, der Bedenken hat, ob eine Transaktion US-amerikanische Anti-Boykott-Regelungen oder die Boykott- oder Anti-Boykott-Gesetze irgendeines anderen Landes betrifft, sollte den Compliance Officer seiner Tochtergesellschaft konsultieren und nicht mit der Transaktion fortfahren, bis ihm dazu geraten wird. Darüber hinaus müssen Mitarbeiter, die eine mit Boykotten verbundene Anfrage erhalten, unverzüglich den Compliance Officer der Tochtergesellschaft informieren.

VII. RETENTION VON DIENSTLEISTUNGEN VON VERMITTLERN

Vor der Beauftragung von Vermittlern (wie oben auf Seite 2 definiert) muss jede Berkshire Tochter hinsichtlich von Vermittlern eine angemessene und gründliche kaufmännische Sorgfaltspflicht walten lassen und diese schriftlich dokumentieren. Jede Berkshire Tochter, die Leistungen von solchen Vermittlern in Anspruch nimmt, muss entsprechend der vorhandenen Risiken dokumentierte Verfahren zur Wahrung der kaufmännischen Sorgfaltspflicht entwickeln und aufrechterhalten, die es dem Compliance-Personal des Tochterunternehmens ermöglichen, die geschäftlichen Gründe für die Notwendigkeit der Unterstützung durch den Vermittler sowie die Compliance-Risiken, die von den Vermittler-Partnern ausgehen, zu bewerten und zu berücksichtigen, einschließlich des Rufs der Vermittler und Partner und ihrer Beziehungen zu ausländischen Amtsträgern oder Familienmitgliedern ausländischer Amtsträger sowie jeglicher „Warnsignale“ für Compliance-Risiken. Jede Berkshire Tochter ist verpflichtet, die Compliance-

Risiken, die mit dem Einsatz von Vermittlern verbunden sind, während der gesamten Dauer der Beziehung und nicht nur während des Einführungsprozesses zu überwachen, zu bewerten und zu managen, indem sie die Sorgfaltsprüfung für Vermittler regelmäßig aktualisiert. Die Tochtergesellschaften sollten die Sorgfaltsprüfung von Vermittlern, bei denen ein höheres Risiko für die Einhaltung des FCPA besteht, mindestens alle zwei Jahre aktualisieren und einen angemessenen risikobasierten Zeitplan für Vermittler mit geringerem Risiko festlegen.

Die Sorgfaltsprüfung für Vermittler muss mindestens aus einer dokumentierten Bewertung der Eigentümer und des Managements des Vermittlers bestehen, um zu bestimmen, ob diese von der Aufführung auf einer Liste verbotener Parteien in den USA betroffen sind, wie etwa die SDN-Liste sowie aus einer Überprüfung der Eigenschaften, Qualifikationen, Erfahrungen, Reputation, Integrität und der erwiesenen Fähigkeit zur Bereitstellung der beauftragten Dienstleistung des Vermittlers. Die Faktoren für Vorbehalte gegen einen Vermittler beinhalten, sind aber nicht beschränkt auf, ungewöhnliche Anfragen für Vergütung sowie jegliche ungewöhnliche Zahlungs-, Lieferungs- oder Zielgebietsbedingungen sowie die Entdeckung von jeglichen Fakten, Umständen oder „Warnsignalen“, die darauf hinweisen könnten, dass der Vermittler ein erhöhtes Risiko für die Einhaltung des FCPA, der Handelsbestimmungen oder Sanktionen darstellen könnte. Im Folgenden sind Beispiele von einigen üblichen Warnsignalen aufgeführt, die mit einem erhöhten Compliance-Risiko in Verbindung stehen:

- Die Transaktion schließt ein Land mit ein, welches auf der Grundlage des Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) für das betreffende Land für ein erhöhtes Korruptionsrisiko bekannt ist.
- Ein Referenzabgleich enthüllt Ungereimtheiten in der Vorgeschichte des Vermittlers.
- Die kaufmännische Sorgfaltspflicht enthüllt, dass der Vermittler eine Briefkastenfirma ist oder dass bei der Struktur des Vermittlers irgendetwas anderes ungewöhnlich ist.
- Der Vermittler bittet um Bezahlung auf ein Offshore-Konto oder fragt nach anderen nicht-standardmäßigen Zahlungsmodalitäten.
- Der Vermittler ist nicht eindeutig qualifiziert oder es fehlt ihm die notwendige Erfahrung, um die Funktionen zu erfüllen, für die er engagiert wurde.
- Der Vermittler wurde von einem Regierungsvertreter empfohlen.
- Der Vermittler befindet sich teilweise im Besitz oder unter der Kontrolle eines Regierungsbeamten.
- Der Vermittler besitzt ein enges familiäres oder geschäftliches Verhältnis mit einem Regierungsvertreter oder Verwandten eines Regierungsvertreters, oder er leistet große oder häufige politische Spenden an einen Regierungsvertreter.
- Der Vermittler verlangt für seine Dienstleistungen deutlich höhere Preise als am Markt üblich.
- Der Vermittler deutet an, dass ein bestimmter Geldbetrag notwendig sein könnte, um ein Geschäft zu erhalten oder zu behalten oder einen bestimmten Vertrag abzuschließen.
- Der Vermittler verlangt die Erstattung von außergewöhnlichen, schlecht dokumentierten oder in letzter Minute auftretenden Kosten.
- Der Vermittler lehnt FCPA-Erklärungen, -Garantien und -Zusicherungen ebenso wie ähnliche Anti-Korruptionsformulierungen in Verträgen mit der Berkshire Tochter ab.

- Der Vermittler lehnt es ab, Zertifikate zur Einhaltung des FCPA zu unterzeichnen.
- Der Vermittler verweigert die Offenlegung seiner Inhaberverhältnisse, einschließlich der wirtschaftlichen oder anderer indirekter Eigentümer, Geschäftsführer oder Mitarbeiter oder er fordert, dass die Identität seiner Eigentümer, Geschäftsführer oder Mitarbeiter nicht offengelegt wird.
- Der Vermittler verlangt ein hohes Erfolgshonorar oder eine hohe Erfolgsprämie.

Bei jedem Vermittler, hinsichtlich dessen ein nennenswertes Risiko vorhanden ist, dass der Vermittler mit einem Regierungsvertreter in Verbindung steht oder ein Risiko für die Einhaltung des FCPA, der Handelsbestimmungen oder Sanktionen darstellt, benötigen Tochterunternehmen von Berkshire eine schriftliche Zustimmung zu / Anti-Korruptions-Vertragsbedingungen entsprechend den vorhandenen Risiken, sowie das Recht der Überprüfung, und müssen von dem Vermittler verlangen, dass er ein entsprechendes jährliches Zertifikat zur Einhaltung von Gesetzen zur Bekämpfung der Korruption/Handelscompliance, einschließlich des FCPA erwirbt. Solche Compliance-Zertifikate sind von dem Tochterunternehmen jährlich zu aktualisieren und zu wahren.

VIII. KAUFMÄNNISCHE SORGFALTSPFLICHT BEI FUSION UND ÜBERNAHME

Beim Vollzug einer Fusion oder Übernahme muss sichergestellt werden, dass diese Richtlinie und alle zusätzlichen Richtlinien des übernehmenden Berkshire-Unternehmens so schnell wie möglich im übernommenen Geschäft eingesetzt werden und dass dieser Richtlinie entsprechende Schulungen zur Anti-Korruptions-Compliance für die Geschäftsführer, Vorstandsmitglieder und betreffenden Mitarbeiter des übernommenen Geschäfts durchgeführt werden. Darüber hinaus muss die erwerbende Berkshire Tochter nach der Übernahme sicherstellen, dass eine gründliche und dokumentierte Bewertung der einzelnen Geschäftsvorgänge und Compliance-Risiken des erworbenen Unternehmens durchgeführt wird, die die in diesem Dokument besprochenen Compliance-Risikobereiche erfasst und die aufgrund der einzigartigen Natur seiner Geschäftsvorgänge und seines geografischen Standorts auf das erworbene Unternehmen anwendbar sind. Auf der Grundlage dieser dokumentierten Risikobewertung muss die erwerbende Berkshire Tochter das erworbene Unternehmen auffordern, zusätzliche Richtlinien und Verfahren zu implementieren und anzunehmen, wenn dies angemessen ist, damit es eine effektiv gestaltete Compliance-Richtlinie unterhält, die auf die einzigartigen Compliance-Risiken des Tochterunternehmens zugeschnitten ist.

IX. EINHALTUNG DER VORSCHRIFTEN ZUR GELDWÄSCHEBEKÄMPFUNG

Es gehört zu den Grundsätzen von Berkshire, Geschäfte nur mit Personen oder Unternehmen zu tätigen, die unsere Verpflichtung zur Einhaltung von Gesetzen teilen und deren Gelder eine legale Quelle haben. In den USA und allen anderen Ländern, in denen Berkshire-Tochtergesellschaften geschäftlich tätig sind, ergreifen die Mitarbeiter der Berkshire-Tochtergesellschaften angemessene risikobasierte Maßnahmen, um Geldwäsche zu verhindern und aufzudecken und eine potenzielle strafrechtliche Haftung für solche Aktivitäten sowie ein damit verbundenes Reputationsrisiko zu vermeiden. Gemäß den strafrechtlichen Bestimmungen zur Geldwäsche ist es im Allgemeinen eine Straftat, sich an Transaktionen zu beteiligen, wenn man weiß, dass die Erlöse aus einer illegalen Tätigkeit stammen. In ähnlicher Weise führen die Mitarbeiter der Berkshire-Tochtergesellschaften eine angemessene Sorgfaltsprüfung von Personen oder Unternehmen durch, um sicherzustellen, dass diese rechtmäßiger Geschäftsaktivität nachgehen.

Bestimmte Berkshire-Tochtergesellschaften sind affirmativ zur Bekämpfung der Geldwäsche verpflichtet, wenn sie in regulierten Sektoren tätig sind, zu denen Banken, Gelddienstleistungen oder Geldtransfer, Glücksspiel, Versicherungen und Immobilien. US-Bundesvorschriften und analoge ausländische Gesetze können Anti-Geldwäsche-Verfahren und -Schulungsprogramme, Audits sowie eine diesbezügliche proaktive Überwachung und Meldung verdächtiger Aktivitäten vorschreiben. Berkshire-Unternehmen, die in regulierten Sektoren tätig sind oder an diese angrenzen, sollten sich rechtlich beraten lassen, um zu klären, ob sie verpflichtet sind, solche Richtlinien und Verfahren einzuführen.

X. RESSOURCEN

In dieser Richtlinie wird eine Vielzahl von Gesetzen, Vorschriften und US-Regierungsbehörden behandelt. Jede Behörde bietet hilfreiche Richtlinien und Ressourcen auf ihrer Webseite an. Im Folgenden finden Sie einige Websites der US-Regierung, die Ihnen bei der Überprüfung und Anwendung der in dieser Richtlinie behandelten Compliance-Bereiche hilfreich sein können:

- ***U.S. DOJ's Leitfaden zur Bewertung von unternehmensweiten Compliance-Programmen:*** <https://www.justice.gov/criminal-fraud/page/file/937501/download>
- ***U.S. DOJ's FCPA Resource Guide:*** <https://www.justice.gov/criminal-fraud/fcpa-resource-guide>
- ***OFAC-Sanktionsprogramm-Leitfäden nach Ländern:*** <https://home.treasury.gov/policy-issues/financial-sanctions/sanctions-programs-and-country-information>
- ***U.S. BIS' Ressourcen für die Einrichtung eines Export-Compliance-Programms:*** <https://www.bis.doc.gov/index.php/compliance-a-training/export-management-a-compliance/compliance>
- ***U.S. Directorate of Defense Trade Control's Ressourcen für die Einrichtung eines effektiven ITAR-Compliance-Programms:*** https://www.pmddtc.state.gov/ddtc_public?id=ddtc_kb_article_page&sys_id=4f06583fdb78d300d0a370131f961913

Es ist außerdem möglich, sich über die oben genannten Links für regelmäßige E-Mail-Updates von OFAC, BIS und DDTC anzumelden. Tochterunternehmen von Berkshire sollten diese und andere Ressourcen überprüfen, um sicherzustellen, dass sie mit den Kontrollen vertraut sind, die für ihr Geschäft gelten, und um sich über Änderungen der Gesetze und Vorschriften auf dem Laufenden zu halten.